



Liebe Leser,
es ist viel passiert in den letzten Wochen: Wir haben im Bundestag die Entsendung deutscher Marinesoldaten an die israelisch-libanesischen Grenze beschlossen. Auch Wähler haben Entscheidungen getroffen: in Niedersachsen bei der Kommunalwahl und in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin bei Landtagswahlen. Weil ich mich gegen Rechtsextremismus einsetze, bin ich besorgt über das NPD-Ergebnis in Mecklenburg-Vorpommern. Darum widmet sich mein Seite-1-Artikel diesem Thema und der Frage, wie Demokratie aufrecht erhalten werden kann.

Ihre
Denise Seifert

Gegen Orientierungslosigkeit

Die Kompliziertheit der Welt verunsichert Jugendliche — NPD-Wahlerfolge sind ein Zeichen dafür

In Berlin und Mecklenburg-Vorpommern waren Landtagswahlen, die Stimmen sind ausgezählt. Wer kann sich aber jetzt angesichts des Ergebnisses, das die NPD eingefahren hat, beruhigt zurücklehnen? Die politische Landschaft hat wieder einige braune Flecken mehr bekommen. Insgesamt sitzen nun Rechtsextremisten in vier deutschen Landesparlamenten: die NPD in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen, die DVU in Brandenburg und Bremen. In Berlin schaffte die NPD den Einzug in vier der zwölf Bezirksparlamente, die Republikaner in eines. Eine Imageschädigung scheint für die gesamte Bundesrepublik vorprogrammiert.

Nimmt man die Ergebnisse der neuesten Shell-Jugendstudie hinzu, bekommt man eine Ahnung davon, wohin dieses Land in Zukunft noch steuern könnte. In der Untersuchung zu Einstellungen und Empfindungen von Jugendlichen kam heraus, dass die Toleranz unter ihnen sinkt. Eine „verengende Be-

sinnung auf den eigenen Kulturkreis“ haben die Forscher festgestellt — und das, wo in der letzten Untersuchung von 2002 konstatiert wurde, dass Jugendliche Auslandsaufenthalte und kulturelle Vielfalt schätzen. Machen wir uns nichts vor: Bei den NPD-Wählern handelt es sich nicht nur um diffuse Protestwähler. Nationale Gesinnung scheint wieder ein Wert zu werden.

Doch es nützt jetzt keinem etwas, die Gegenden mit hohem NPD-Ergebnis und ihre Menschen zu stigmatisieren. Darunter leiden auch diejenigen, die im ohnehin schon strukturschwachen Nordosten versuchen, Wirtschaft und demokratische Kultur hochzuhalten. Die Wahlanalysen für Mecklenburg-Vorpommern zeigen, dass die NPD nur deshalb 7,3 Prozent erreichen konnte, weil sie hauptsächlich die Stimmen der Erst- und Zweitwähler erhielt. Gleichzeitig ist die Wahlbeteiligung gerade bei diesen unter 30-jährigen besonders niedrig. Das bedeutet, dass junge Menschen

oft entweder gar nicht wählen oder ihr Kreuz bei rechten Parteien machen.

50 PROZENT NICHTWÄHLER IN NIEDERSACHSEN

Im Landkreis Harburg ist bei der Kommunalwahl die Wahlbeteiligung von 58,8 auf 49,6 Prozent am stärksten in ganz Niedersachsen gesunken. So etwas kommt besonders den Parteien am rechten Rand zugute. Sichtbar ist, dass bereits rechte Parteien in einige Stadt- und Gemeinderäte in Niedersachsen einziehen konnten. Es ist nicht nur die Frage von Arbeitslosigkeit, die diese Menschen motiviert. Es ist Orientierungslosigkeit. Die Shell-Studie belegt, dass Jugendliche sorgenvoll in die Zukunft schauen. Dass die neuen Herausforderungen dieser Welt — eine stärkere Wahrnehmung islamischer Kultur beispielsweise —, sie verunsichern.

Wen wundert's? Nicht einmal Experten und Politiker dieser Welt sind sich einig darüber, wie solch anderen Kulturen zu begegnen ist, was hier die

beste Strategie bei der Sicherung des Weltfriedens sein sollte.

Um Jugendlichen die Angst vor der Zukunft zu nehmen und sie von den Werten der Demokratie zu überzeugen, sind alle gefragt: die Politik, die Initiativen wie die mobilen Beratungsstellen und Präventionsprojekte weiterfinanzieren muss, die Kommunen, die sinnvolle Angebote wie Jugendzentren und Sporthallen auch am Wochenende zur Verfügung stellen müssen, die Lehrerinnen und Lehrer, die Demokratie und Konfliktlösung immer wieder auch praktisch üben sollten und letztendlich wir alle, die wir auf die Vorteile von Demokratie versus Diktaturen, von kultureller Vielfalt versus plumpem Nationalismus hinweisen müssen.

2007 sind auch bei uns Landtagswahlen und das bedeutet, dass wir Jungwähler zeigen müssen, wie wichtig es ist, sich demokratisch mit ihrer Stimme und ihrem Engagement einzubringen. Jede Stimme zählt.

AUS DEM INHALT

Seite 2: Krankenhäuser

Vertreter der Elbe-Heide-Krankenhäuser trafen sich mit Monika Griefahn und Michael Grosse-Brömer, um auf die Probleme aufmerksam zu machen, die die Gesundheitsreform für sie mit sich bringt.

AUS DEM INHALT

Seite 3: Sommertour

Die Termine von Monika Griefahns Sommertour waren in diesem Jahr durch Wahlkampfveranstaltungen geprägt — die Abgeordnete unterstützte die Genossen bei ihrem Kampf um Sitze in den Kommunalparlamenten.

AUS DEM INHALT

Seite 4: Stadtwerke

Die schwierige Materie der Netzentgelte für Strom und Gas führte Monika Griefahn mit Vertretern verschiedener Stadtwerke im Landkreis Soltau-Fallingb. zusammen — die um ihre Existenz fürchten.

AUS DEM INHALT

Seite 5: Kulturschaffende

Der Sänger Friedrich von Mansberg engagiert sich im Bereich Lüneburg für ein Zusammenwachsen der Kulturszene vor Ort. Im August hatte er Monika Griefahn zur Diskussion mit Kulturschaffenden eingeladen.



KURZ GEMELDET

Bundeswehr: Ja zu Nahost-Einsatz

Bei der Abstimmung über den Einsatz deutscher Marine-Soldaten im Nahen Osten habe ich mit Ja gestimmt. Zusammen mit der zivilen Hilfe für die Region ist dieser Einsatz vertretbar. Wenn die UNO einen Auftrag zur Friedenssicherung erteilt, können wir nicht Nein sagen. Ein Marine-Einsatz vermeidet die direkte Konfrontation mit den israelischen Soldaten, die aufgrund der deutschen Vergangenheit kritisch sein würde.

Modellregion Streuobstwiesen

Im Rahmen ihrer diesjährigen Sommertour informierte sich Monika Griefahn beim Ilhorer Ortsvorsteher Claus Hufenbach über das Projekt „Modellregion Streuobstwiesen“. Sie freute sich, dass dieses Projekt in einigen Ortschaften der Gemeinde Neuenkirchen realisiert werden konnte, denn sie selbst ist im Landkreis Harburg „Anteilseignerin“ einer Streuobstwiese des NABU. Claus Hufenbach erläuterte, dass das Obstwiesen-Projekt 2003 im Rahmen der Dorferneuerung entstanden ist. Im letzten Jahr wurde in Ilhorn ein erster Apfeltag veranstaltet, der zukünftig alle zwei Jahre geplant ist. Für Monika Griefahn gab es viele Informationen und zur Stärkung den Saft des „Altländer Pfannkuchenapfels“, der zum Apfel des Jahres 2006 erkoren wurde.



Claus Hufenbach mit Monika Griefahn.



Krankenhausrunde: (v.l.) Joachim Bordt (Landrat LK Harburg), Ulrich Magdeburg (Salzhäusen), Norbert Jurczyk (Walsrode/Soltau), Dr. Hans-Heinrich Aldag (Jesteburg), Monika Griefahn, Norbert Böttcher (Buchholz/Winsen), Ruth Zuther (Kreistag Harburg), Michael Grosse-Brömer (MdB), Peter Lehmann (Walsrode/Soltau), Michael Bott (Ginsterhof) und Hannelore Jutzi (Buchholz).

Patient Gesundheitsreform

Elbe-Heide-Krankenhausvertreter sprachen bei ihren Abgeordneten vor

Vertreterinnen und Vertreter der im Elbe-Heide-Krankenhausverbund zusammengeschlossenen Krankenhäuser hatten die Bundestagsabgeordneten Monika Griefahn (SPD) und Michael Grosse-Brömer (CDU) zu einem Gespräch in das Krankenhaus Buchholz eingeladen. Thema waren die Auswirkungen der geplanten Gesundheitsreform für die Krankenhäuser. Speziell die Kürzung der Krankenhausbudgets um ein Prozent, mit denen sich die Krankenhäuser an den finanziellen Stabilisierungsmaßnahmen der Gesetzlichen Krankenkassen (GKV) beteiligen sollen, stößt auf Widerstand. Denn diese Maßnahme würde für die Krankenhäuser in Buchholz und Winsen eine jährliche Kürzung des Budgets um jeweils 1,3 Millionen Euro bedeuten, hatte Norbert Böttcher, Geschäftsführer der beiden Kliniken ermittelt. Zudem seien die Krankenhäuser finanziell ohnehin schon durch die Tarifverträge für Ärzte und Pflegepersonal, die Mehrwertsteuererhöhung ab 2007 und die Auswirkungen des EU-Arbeitszeitgesetzes gebeutelt.

Man habe sich zum Elbe-Heide-Krankenhausverbund zusammengeschlossen, um gemeinsam die Effektivität der Häuser zu steigern und Kosten zu reduzieren. Dieser Weg werde bisher erfolgreich beschritten.

„DIE KOSTEN MÜSSEN RUNTER“

Die beiden Abgeordneten Michael Grosse-Brömer und Monika Griefahn wiesen darauf hin, dass es sich bei den bekannten Eckpunkten für eine Gesundheitsreform um Pläne handele, die noch nicht beschlossen seien. Beide bekannten sich zum Erhalt der kommunalen Krankenhäuser, machten jedoch deutlich, dass die Kosten für das Gesundheitswesen gesenkt werden müssten: „Das jetzige System ist einfach nicht mehr bezahlbar. Pro Jahr werden 234 Milliarden Euro für Gesundheit aufgewendet“, rechneten die Abgeordneten vor, „und trotzdem gibt es Klagen über Defizite.“ Die Regierung müsse jedoch Grenzen setzen, um eine weitere Kostensteigerung zu verhindern. Die Krankenhäuser argumentier-

ten, dass es nicht nur eine Kostensteigerung gebe, sondern auch eine Leistungssteigerung, die ohne Kostensteigerung nicht umzusetzen sei. „Die Politik muss den Mut aufbringen zu sagen, welche Leistungen nicht mehr von den Kassen bezahlt werden können“, hieß es von Seiten der Krankenhausvertreter. „Es wird in Zukunft nicht immer möglich sein, alles für die Menschen umzusetzen, was medizinisch oder technisch möglich ist.“ Dazu versicherten die beiden Abgeordneten: „Die Menschen müssen aber vertrauen können, auch weiterhin gegen die großen Gesundheitsrisiken abgesichert zu sein.“ Norbert Jurczyk vom Heidekreis-Klinikum Walsrode/Soltau befürchtet ein Krankenhaussterben durch verschlechterte Bedingungen für die Kliniken. Weniger Kliniken würden besonders im ländlichen Raum zu längeren Wegen führen. Verschiedene Finanzierungsmodelle wurden diskutiert – aber ein Patentrezept gab es auch von den Krankenhausvertretern nicht. Sie brachten allerdings überlegenswerte Vorschläge ein.



Sommertour-Stationen 2006

Ihre Sommertour führte Monika Griefahn auch zum Flohmarkt der SPD in Rosengärten. Dort unterstützte sie die OV-Vorsitzende Regina Lutz und ihre Mitstreiter im Wahlkampf. Beim Stadtfest in Buchholz verfolgte sie den Luftballonwettbewerb. Für den „weitesten Flieger“ hatte sie eine Berlin-Reise zur Verfügung gestellt. Gewinner des Wettbewerbs sind Daniel und Jennifer Wiesenmüller sowie Liv Walter.

Mit rund 30 Genossinnen und Genossen fand in diesem Jahr die kommunalpolitische Fahrradtour des SPD-Ortsvereins Winsen statt. Über Roydorf und Luhdorf führte der Weg nach Pattensen und Scharmbeck, wo bei Dr. Dieter Bender ein Grillfest stattfand. Ein Platzregen auf der Rückfahrt durchnässte die Aktiven, konnte aber die gute Laune nicht mehr trüben.



KURZ GEMELDET

PC-Spiele – auch etwas für Frauen

Bei der Medienwoche Berlin-Brandenburg nutzte Monika Griefahn die Gelegenheit, gegen ein „unreflektiertes Verbot“ von Computerspielen zu argumentieren. In ihrer Rede bekräftigte sie, dass reale Gewalttaten immer das Resultat einer Vielzahl von Faktoren seien und nicht allein auf „Killerspiele“ zurückgeführt werden können. Mit Blick auf die Messe „Games Convention“ stellte sie fest, dass das Interesse von über 20-Jährigen und von Frauen an Computerspielen gestiegen sei. Inzwischen sei die Spielebranche auch ein Wirtschaftssektor, der den Umsatz der Filmindustrie übersteige. Für die Abgeordnete ist das ein weiterer Grund, zu einem differenzierteren Blick auf die Branche zu gelangen.



Beim Dorffest Meckelfeld kurz vor der Kommunalwahl präsentierte sich die Abteilung des SPD-Ortsvereins Seevetal mit einem Stand. Monika Griefahn unterstützte die Genossen. Hier ist sie im Gespräch mit der SPD-Landtagsabgeordneten Brigitte Somfleth.

Mit einigen Seevetaler Genossen besuchte Monika Griefahn das Horster Mühlenfest: (v.l.) der Seevetaler Fraktionsvorsitzenden Günter Schulz, die stellvertretende SPD-Kreistagsfraktionsvorsitzende Angelika Tumschat-Bruhn, Monika und Stella Griefahn, der Seevetaler SPD-Ortsvereinsvorsitzende Andreas Rakowski und Johann Diekmann.



Argen stehen vor Personalproblemen

Arbeitsvermittler machten auf die Schwierigkeiten der bestehenden Zeitverträge aufmerksam

Die Arbeitsvermittler der Argen stecken in einem Dilemma, das wurde bei einem Termin von persönlich Betroffenen mit Monika Griefahn in Buchholz deutlich. Die Vermittler sind bei der Bundesagentur für Arbeit (BA) angestellt, aber etliche haben nur Zeitverträge. Sollten diese nicht verlängert oder in unbe-

fristete Planstellen umgewandelt werden, droht eine so große Fluktuation in den Argen, dass Abteilungen befürchten, nur noch mit Neueinstellungen und Einarbeiten beschäftigt zu sein. Die Politik nun steckt in dem Dilemma, nicht alle Zeitverträge in Planstellen umwandeln zu können, da der lang-

fristige Bedarf an den Argen nicht abzusehen ist – Planstellen aber langfristig besetzt werden. Monika Griefahn sah den dringenden Handlungsbedarf in dieser Sache - nicht zuletzt, weil Gelder, die für eventuelle Planstellen bereitgestellt werden müssen, in den derzeit laufenden Haushaltsbe-

ratungen Berücksichtigung finden müssen. Der Parlamentarische Staatssekretär im Ministerium für Arbeit und Soziales, Gerd Andres, bestätigte auf ihre Nachfrage, dass das Problem bekannt sei. Es würde darüber nachgedacht, einige zusätzliche Stellen im Stellenplan der BA auszuweisen.



Gleichschaltung unsinnig

KURZ GEMELDET

Stadtwerke zu Netzentgelten

Vertreter der Stadtwerke Soltau, Munster und Schneverdingen haben in einem Gespräch über die Wirkungen der Nichtanerkennung von Netzdurchleitungskosten für Strom und Gas auf ihre Unternehmen bei Mitgliedern der SPD-Bundestagsfraktion Eindruck hinterlassen. Es wurde deutlich, dass bei Beibehaltung der bisherigen Position der Bundesnetzagentur zur Genehmigung von Durchleitungskosten für die Energiearten Gas und Strom kleine und mittlere Stadtwerke mittelfristig nicht überlebensfähig wären. Zum Ende der Besprechung waren sich die Abgeordneten und die Vertreter der Stadtwerke einig, dass zunächst über den Beirat der Bundesnetzagentur versucht werde solle, zu Änderungen zu kommen, ansonsten müsse geprüft werden, ob der Bundestag als Gesetzgeber tätig werden müsse. Weitere Informationen unter www.monika-griefahn.de/ Pressemitteilungen.

Gespräche mit den Stadtwerken Böhmetal über die Netzentgelte

Im Rahmen ihrer diesjährigen Sommertour besuchte Monika Griefahn Ende August die Stadtwerke Böhmetal in Bad Fallingbostal. Begleitet wurde sie von den Bürgermeisterkandidaten Hannelore Kaiser und Steffen Ahrens und vom Vorsitzenden der SPD-Stadtratsfraktion Walsrode, Claus Wiltzer. Thema: Kürzung der Netzentgelte durch die Bundesnetzagentur. Zunächst stellte Geschäftsführer Martin Hack das Unternehmen Stadtwerke Böhmetal als Lieferant von Gas, Wasser und Strom vor, das auch die Bäder betreibt. Diese so genannten „Querverbünde“ sind es aber gerade, die der Bundesnetzagentur ein Dorn im Auge sind. Denn alle Energieversorger sollen zu gleichen Strukturen kommen, also ohne den Betrieb von Bädern beispielsweise. Eine Vorgabe, die weder Monika Griefahn noch ihre Gesprächspartner teilen. „Wenn ich da argumentiere, es gäbe



Monika Griefahn mit Böhmetal-Geschäftsführer Martin Hack, Steffen Ahrens, Hannelore Kaiser und Claus Wiltzer (v.l.).

ohne Stadtwerke im Landkreis Soltau-Fallingbostal keine Schwimmbäder mehr, interessiert es dort offensichtlich niemanden“, schilderte die Bundestagsabgeordnete ihre Erfahrungen. Martin Hack bezeichnete das Verhalten der Bundesnetzagentur, internationale und nationale Energiekonzerne sowie die Stadtwerke trotz unterschiedlicher Strukturen

gleichzuschalten, als „Rasenmähermethode, die uns den Boden unter den Füßen wegzieht“. Monika Griefahn erklärte, sie bemühe sich kontinuierlich, den Versand der Bescheide mit Kürzungen durch die Bundesnetzagentur hinauszuzögern. „Stadtwerke, auch wenn sie unterhalb der festgelegten Benchmark liegen, treiben die Preise sicher nicht in die Höhe.“



Eva-Maria Alles (l.), stellvertretende Bürgermeisterin, und Monika Strecker, Geschäftsführerin des SPD-Unterbezirks Landkreis Harburg, waren gern zum Sommerfest gekommen.

Sommerfest: Inzwischen hat das Sommerfest, zu dem die Familie Griefahn Freunde, Mitarbeiter, Parteikollegen und Nachbarn einlädt, Tradition. Weniger traditionell war, dass es zum ersten Mal in all den Jahren zu regnen drohte. Ein auf die Schnelle organisiertes Zelt der Feuerwehr Nenndorf gab dann doch noch die Sicherheit, alle Gäste im Trockenen zu wahren. Die Stimmung der Anwesenden war gut – und es blieb trocken. Was will man mehr?



Renate Mantzke, Griefahn-Mitarbeiterin in Berlin mit ihrem Mann und Max, dem Hund der Familie Griefahn. Links: Alle Gäste fanden einen Platz im Trockenen.



Kultur braucht eine Lobby

Monika Griefahn stand Rede und Antwort beim runden Tisch Lüneburger Kulturschaffenden

Der Lüneburger Friedrich von Mansberg ist Sänger und von daher liegt ihm die Kunst am Herzen. So lud er Lüneburger Kulturschaffende Ende August zu einem runden Tisch ein, um bei Wein und Käse über Probleme der Szene zu sprechen. Monika Griefahn, kultur- und medienpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion im Bundestag, berichtete vom Stand der Diskussionen, von bundespolitischen Zielen und stand im Gespräch Rede und Antwort.

Sie betonte insbesondere, dass die SPD Kultur als Lebensmittel bezeichne – als ein Grundbedürfnis der Menschen. Anschaulich berichtete sie von der Wiedereröffnung des Goethe-Instituts in Afghanistan, wo Musiker, die unter dem Taliban-Regime nicht musizieren durften, ihre versteckten Instrumente aus



Monika Griefahn diskutierte mit Lüneburger Kulturschaffenden über den Stellenwert von Kultur.

der Erde ausgegraben hatten und wieder spielten. Der Bereich Kultur sei aber in weiten Teilen Sache der Länder und Kommunen, so dass auf die Finanzierung zum Beispiel von Theatern, nur wenig Einfluss genommen

werden könne. „Wir müssen eine Lobby schaffen, damit der Bereich in den Ländern nicht mehr weiter unter den Tisch fällt“, forderte sie Engagement von den Kulturschaffenden. Sie appellierte außerdem an die Künstler,

nicht gegeneinander zu arbeiten, sondern sich mit anderen Initiativen und Verbänden zusammenzuschließen und ihre Anliegen nachdrücklich zu formulieren – beim Land, bei der Kommune und beim Bund.

Alternative zum Öl

Lohoffest zu regenerativen Energien

Bei dem Tag der offenen Tür auf dem Lohhof zwischen Bendestorf und Jesteburg am 26. August diskutierte Monika Griefahn



Monika Griefahn und der Geschäftsführer der Lohof GbR Karl Konrad.

über Themen, die ihr persönlich besonders am Herzen liegen: Energiesparen, erneuerbare Energien und Umweltschutz. Mit diesem Interesse war sie in Zeiten explodierender Öl- und Erdgaskosten beileibe nicht allein: Zahlreiche Besucher nutzten die Gelegenheit, sich auf dem Gelände über Forstwirtschaft, Holzpellets und Hackschnitzel, Heizen mit Holz und regenerativen Energien allgemein zu informieren. Zu

dem, was der Bund an Förderungen für eine umweltfreundliche Energieversorgung bereit stellt, nahm Monika Griefahn bei einer Podiumsdiskussion am Nachmittag Stellung. Sie berichtete, dass die Fördergelder für dieses Jahr aufgrund einer Flut von Anträgen bereits vergeben seien. „Es gehen 1300 Anträge auf Solarkollektoren oder Biomassekessel pro Tag ein“, berichtete sie, 160.000 seien dieses Jahr bereits gestellt worden. Derzeit werde auf Bundesebene diskutiert, wie das Programm 2007 fortgesetzt werden könne.

umdsdiskussion am Nachmittag Stellung. Sie berichtete, dass die Fördergelder für dieses Jahr aufgrund einer Flut von Anträgen bereits vergeben seien. „Es gehen 1300 Anträge auf Solarkollektoren oder Biomassekessel pro Tag ein“, berichtete sie, 160.000 seien dieses Jahr bereits gestellt worden. Derzeit werde auf Bundesebene diskutiert, wie das Programm 2007 fortgesetzt werden könne.

Willi Lemke in Winsen

Griefahn und Bremer Senator im Wahlkampf

Am 2. September unterstützte der Bremer Senator für Bildung, Wissenschaft und Sport, Willi Lemke, die SPD in Winsen gemeinsam mit Monika



Monika Griefahn, Thorsten Perl, Willi Lemke, und Uwe Harden (v.l.)

Griefahn im Wahlkampf. Willi Lemke referierte über den hohen Stellenwert des Ehrenamts und über die hohe Bedeutung einer umfangreichen Kinderbetreuung und Bildung. Er stellte hier vor allem die Arbeit der Ehrenamtlichen in den Vereinen heraus. Aber auch die Arbeit und das Engagement der Lehrkräfte sei zu würdigen, denn diese leisteten einen großen Beitrag in der Erzie-

hung der Kinder und Jugendlichen. Lemke fügte aber gleich hinzu, dass dies Engagement nicht die Eltern aus der Pflicht nehme, denn diese

seien in erster Linie für die Erziehung ihrer Kinder verantwortlich. Angesprochen auf die Situation der Schulen hob er die Ganztagsschule hervor, denn durch sie wäre es möglich, ein qualitativ hohes Bildungs- und Betreuungsangebot zu schaffen. Mit seinen Ausführungen sprach der Sozialdemokrat Monika Griefahn aus dem Herzen, denn auch sie setzt sich für mehr Ganztagsschulen ein.

Herzlichen Glückwunsch

Die Kommunalwahl ist entschieden, einige Städte und Gemeinden in den Landkreisen Soltau-Fallingb. und Harburg werden in Zukunft von SPD-Bürgermeistern geführt. Ich gratuliere Heinz-Günter Klöpfer, (Ahlden), Wilhelm Ruhkopf (Soltau) und Michael Lebid (Bomlitz) sowie Rolf Roth (Elbmarsch), Dietmar Stadie (Rosengarten) und Wolf-Egbert Rosenzweig (Neu Wulmstorf). Alles Gute für die politische Arbeit auch den SPD-Mandatsträgern in den Gemeinde- und Stadträten und in den Kreistagen.

KURZ GEMELDET

Bundshaushalt – erste Lesung

In ihrer Rede zum Haushalt 2007 im deutschen Bundestag forderte die Kulturpolitikerin Monika Griefahn neben einem handfesten Bekenntnis zur Deutschen Welle die Parlamentarier auf, die Rolle der Kultur für die Integration nicht zu unterschätzen. Eine Förderung interkultureller Arbeit in kleinen Projekten sei von großer Bedeutung für die Vermittlung zwischen den Kulturen. Die Förderung brauche deutlichere Akzente, Integrationsanstrengungen seien gerade in der kulturellen Arbeit besonders wichtig.

KURZ GEMELDET

Diskussion im Deutschlandradio

In einer Live-Sendung des Deutschlandradio Kultur Anfang September diskutierte Monika Griefahn unter anderem mit dem Historiker Prof. Michael Wolffsohn über Erinnerungskultur. Themen waren das geplante Zentrum gegen Vertreibungen, das deutsch-polnische Verhältnis und die Diskussion um Günter Grass' Zeit in der Waffens. Ebenfalls wurde die unglückliche Rede des stellvertretenden Kulturstaatsministers Hermann Schäfer vor ehemaligen Buchenwald-Häftlingen diskutiert.

KURZ GEMELDET

Wettbewerb: Für Demokratie

Um das Engagement für Demokratie und Toleranz in Deutschland zu würdigen, hat das „Bündnis für Demokratie und Toleranz“ zu einem Wettbewerb aufgerufen. Die Organisation will vorbildliche und nachahmbare zivilgesellschaftliche Aktivitäten fördern. Monika unterstützt diesen Aufruf und fordert Projekte aus ihrem Wahlkreis zum Mitmachen auf. Es gibt Preise zwischen 1000 und 5000 Euro, Einsendeschluss ist der 10. Oktober. Alles weitere unter www.buendnis-toleranz.de

Preis nach Schwarmstedt

Angelsportverein erhält Auszeichnung für sein Umweltengagement

In diesem Jahr erhielt der Angelsportverein Aller-Leine-Schwarmstedt den Umweltpreis 2006 für das Naturschutzprojekt „Gelbe Riete“. Nach einer Besichtigung des Projektes vor Ort freute sich Monika Griefahn, erneut zur Verleihung des Umweltpreises der SPD Schwarmstedt die Laudatio halten zu dürfen. Den Preis verlieh sie an keine unbekannteren Akteure, denn bereits im Jahr 1991 erhielt der Verein den Umweltpreis für sein Engagement für den Bothmer See – ebenfalls aus der Hand von Monika Griefahn, die damals noch niedersächsische Umweltministerin war.

Jetzt hat sich der Angelsportverein die Renaturierung des alten Aller-Arms Gelbe Riete bei Buchholz vorgenommen, damit er als ökologisch wertvoller Lebensraum für die Tier- und Pflanzenwelt erhalten bleibt. Durch den relativ geringen Wasseraustausch mit der Aller ist zu befürchten, dass der Gelbe Riete in den nächsten Jahren ohne ein Eingreifen die gleiche Entwicklung droht, wie sie auch viele andere Altarme an Gewässer durchgemacht haben: die Gelbe Riete könnte verschlammten und verlan-



Rainer Rokitta (r.), erster Vorsitzender des Angelsportvereins Aller-Leine-Schwarmstedt, freut sich über den Umweltpreis; (v.l.) Werner Bartsch (OV Schwarmstedt), Monika Griefahn, Björn Gehrs (OV Schwarmstedt).

den. 150.000 Euro werden für die Maßnahme veranschlagt. Durch das EU-Programm Leader + ist bereits ein Teil der Kosten abgedeckt; weitere Fördermöglichkeiten werden abgeklärt. „Ohne eine ehrenamtliche Unterstützung des Angelsportvereins Aller-Leine-Schwarmstedt wäre dieses Projekt allerdings wohl kaum zu realisieren“, hob Monika Griefahn in ihrer Laudatio

hervor. „Sie haben den Anstoß gegeben und angesichts der Dimension des Projektes ist es sicherlich ein Vorteil, dass es sich um einen nicht ganz kleinen Angelverein handelt! Schön dass es Menschen gibt wie Sie, die nicht nur sagen 'lass man die anderen machen', sondern die selber Hand anlegen und eine ehrenamtliche Aufgabe übernehmen“, lobte die Abgeordnete.

ANSPRECHPARTNER

Büro Berlin:
Felix Falk, Renate Mantzke
Platz der Republik 1
11011 Berlin
E-Mail:
monika.griefahn
@bundestag.de
Tel.: 030 / 2277-2425

Für Soltau-Fallingb.ostel:
Gunda Ströbele
Uppen Drohm 19
29643 Neuenkirchen
E-Mail:
sfa@monika-griefahn.de
Tel.: 05195 / 5050

Für den Landkreis Harburg:
Bürgerbüro Winsen
Matthias Westermann
Brauhoftstraße 1
21423 Winsen
E-Mail:
monika.griefahn
@wk.bundestag.de
Tel.: 04171 / 780171

Für den Infobrief:
Petra Reinken
Tel.: 040 / 69 456 987

AUSFÜHRLICH FINDEN SIE
DIE TEXTE UND JEDE
MENGE WEITERE
INFORMATIONEN IM INTERNET
UNTER
WWW.MONIKA-GRIEFAHN.DE